Nationalpolitische Aufklärungsschriften

Heft 13:

Die Friedenspolitik des Dritten Reiches

7 Jahre nationalsozialistischer Staatsführung

von Karl Baumböck



1942

Im Verlag Paul Hochmuth, Berlin W 35.

Druck Mier & Glasemann, Berlin-Neukölln.

Vierzehn Jahre Versailler Schmach

„Der britischen Blockade ist es gelungen, die Unterernährung der deutschen Kinder bereits im Mutterleib zu erzwingen ... Es wird im Jahre 1940 eine deutsche Rasse geben, die an schwerster Degeneration leiden wird. Ursache dafür wird unsere Weltkriegsblockade sein."

Diese Äußerung der Londoner Zeitung „Weekly Dispatch" vom 8. September 1918 enthüllt mit zynischer Offenheit die wahren Kriegsziele Englands in dem gewaltigen Völkerringen 1914—18. Wie damals, so sind auch heute die englischen Machthaber mit allen Mitteln bestrebt, Deutschland auszuhungern und auf Generationen hinaus wehrlos zu machen. Im November 1918 ließ sich das deutsche Volk leider durch die verlogene pazifistische Phraseologie der feindlichen Propaganda betören und zur Niederlegung der Waffen verleiten. Es ahnte nicht, welch grausames Schicksal ihm bevorstand.

Der fromme Wunsch der oben zitierten englischen Zeitung ist zwar nicht in Erfüllung gegangen: stärker denn je steht das deutsche Volk im Jahre 1941 da! Aber die Schäden, die das schändliche Diktat von Versailles dem deutschen Volkskörper zugefügt hat, waren dennoch ungeheuerlich und konnten erst nach jahrelangen übermenschlichen Anstrengungen einigermaßen beseitigt werden.

Am 9. November 1918 brach für das deutsche Volk eine der schmerzlichsten Perioden seiner Geschichte an. Über vier Jahre hatten die deutschen Armeen einer vielfachen feindlichen Übermacht mit beispiellosem Heldenmut, zäher Ausdauer und hingebender Aufopferung standgehalten. Den Ansturm von fünf Kontinenten hatte Deutschland siegreich abgewehrt — dem von inneren Feinden geführten Dolchstoß, dem

Verrat und Umsturz

war es schließlich erlegen. Bereits im September 1915 war auf einer radikalmarxistischen Konferenz in Zimmerwald, an der die „deutschen" Genossen Ledebour, Ernst Meyer, Hoffmann u. a. teilnahmen, die Entfesselung der „sozialistischen" Revolution in Deutschland beschlossen worden. 1917 ging die Sozialdemokratie in Deutschland ganz offen dazu über, kriegsgegnerische Umsturzpropaganda zu treiben. Auf die Matrosenrevolte in Kiel im Sommer 1917 folgte als nächste gefährliche Aktion der Munitionsarbeiterstreik im Sommer 1918. Immer frecher erhoben die vom Ausland her tatkräftig unterstützten Vaterlandsverräter ihr Haupt. Eine stetig wachsende revolutionäre Agitation, begleitet von einer Flut von bewußt ausgestreuten falschen Gerüchten und Verleumdungen zersetzten allmählich die Wehrkraft des deutschen Volkes. Der Verrat des Hauses Habsburg im August 1918 tat ein übriges, um die Front der Mittelmächte entscheidend zu erschüttern.

In den ersten Novembertagen des Jahres 1918 wurde es offensichtlich, daß der Prozeß der völligen Auflösung der staatlichen Ordnung kaum mehr aufzuhalten war. Meutereien in der Kriegsflotte, revolutionäre Aufstandsversuche in vielen Teilen des Reiches, Bildung von roten Arbeiter- und Soldatenräten, kampfloses Zurückweichen der Staatsgewalt vor den Aufrührern, Flucht des Kaisers und des Kronprinzen nach

Holland — das waren die Alarmzeichen, die das kommende Chaos in Deutschland ankündigten. Am 9. November 1918 wurde von dem Sozialdemokraten Scheidemann die Republik ausgerufen, und eine kleine jüdisch-marxistische Clique, die sich „Rat der Volksbeauftragten" nannte, eignete sich die Regierungsgewalt über das deutsche Volk an. Am 28. November verzichtete der Kaiser für alle Zukunft auf die Krone und besiegelte damit das Ende der Monarchie in Deutschland.

Am 8. November hatten die Alliierten ihre

Waffenstillstandsbedingungen

bekanntgegeben, deren Ungeheuerlichkeit bereits erkennen ließ, welches furchtbare Schicksal dem deutschen Volk nunmehr bevorstand. Die Ententemächte waren sich klar darüber, daß sie dem unter jüdisch-marxistischem Regiment stehenden Deutschland die schimpflichsten Bedingungen auferlegen konnten. Am 11. November wurde von den „deutschen Volksbeauftragten" der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet, der in seinen wichtigsten Punkten forderte:

Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 15 Tagen; Räumung des linken Rheinufers innerhalb von 25 Tagen und seine Besetzung durch alliierte Truppen; Schaffung einer neutralen Zone von 30 km Breite auf dem rechten Rheinufer; Abgabe von 5 000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehren, 3 000 Minenwerfern, 2 000 Flugzeugen, 6 Großkampfschiffen, 8 leichten Kreuzern und 100 U-Booten; Abrüstung der übrigen Schiffe und ihre Überwachung durch die Alliierten; Ablieferung von 5 000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 10 000 Lastkraftwagen; Unterhalt der Besatzungstruppen auf Kosten des Reiches; Bestehenbleiben der Blockade; Rückgabe der alliierten Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit!

Im Innern Deutschlands tobte der Bürgerkrieg. In Berlin versuchten die Spartakisten die Macht an sich zu reißen, in Bayern, Baden, Braunschweig wurden Räterepubliken ausgerufen, im Ruhrgebiet brach ein gefährlicher kommunistischer Aufstand aus. Nur dem selbstlos aufopfernden Einsatz der Frontsoldaten-Freikorps ist es zu danken, daß Deutschland vor dem völligen Untergang bewahrt blieb. Die jüdisch-marxistische Regierung allerdings hatte es verstanden, durch skrupellose Propaganda, trügerische Versprechungen und systematische Unterdrückung jeder vaterlandsbewußten Regung ihre Macht zu befestigen. Erst 14 Jahre später hat das deutsche Volk dieses auf fortgesetzten Landesverrat beruhende System endgültig überwinden können.

Am 7. Mai 1919 gaben die Alliierten die

„Friedens-Bedingungen"

bekannt, welche die völlige wirtschaftliche und völkische Vernichtung Deutschlands zum Ziel hatten. Die Grausamkeit der Ententeforderungen löste selbst in den marxistischen Reihen eine niederschmetternde Wirkung aus. Scheidemann erklärte pathetisch: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt?" Dies hinderte jedoch ihn und seine Genossen nicht, schon am 23. Juni desselben Jahres „der Gewalt zu weichen" und die unerhörten „Friedensbedingungen" anzunehmen. Die förmliche Unterzeichnung des Vertrages erfolgte am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses.

Das Diktat von Versailles kam einem Todesurteil über das deutsche Volk gleich.

Selbst ein Alliierter lehnte diesen „Frieden“ ab!

Obwohl maßgeblich am Zustandekommen des Waffenstillstandes (Präsident Wilsons 14 Punkte) und an der Festlegung der alliierten Friedensbedingungen beteiligt, lehnten die Vereinigten Staaten (USA.) die Mitunterzeichnung des Vertrages ab, der unverhüllt eine Fortsetzung des Krieges mit „friedlichen“, aber nicht minder grausamen Mitteln bedeutete. USA. und das Deutsche Reich schlossen einen Separatfrieden. Die USA. lehnten auch den Eintritt in den sogen. „Völkerbund“ ab, obwohl dessen Gründung einer der weltbeglückenden Vorschläge des nordamerikanischen Präsidenten Wilson war. Nur zu bald entpuppte sich die Genfer Liga der Völker als ein nur von Frankreich und England gehandhabtes Machtinstrument zur Verewigung ihrer Vormachtstellung ohne jede Rücksichtnahme auf die Lebensrechte anderer Völker.

Von den schwersten Lasten, die Deutschland auferlegt wurden, seien folgende genannt:

Territoriale Verluste: Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Abtretung des größten Teils der Provinz Posen und Westpreußen, des Memelgebietes, des Hultschiner Ländchens und sämtlicher deutscher Kolonien. In Oberschlesien, Schleswig und in Teilen Ostpreußens sollte die Grenze von den Alliierten nach einer Volksabstimmung noch festgelegt werden. Das Saargebiet wurde Frankreich zur Ausbeute überlassen und sollte nach 15 Jahren über sein endgültiges Schicksal abstimmen. Danzig wurde ein vom Reich losgelöster „Freistaat“.

Wehrlosigkeit: Deutschland durfte nur noch eine Armee von 100 000 Mann (mit höchstens 4 000 Offizieren) unterhalten. Sämtliche wichtigen Waffen: Tanks, schwere Geschütze, Flugzeuge, Unterseeboote sowie Befestigungen usw. waren verboten. Deutschland verpflichtete sich damit zur völligen Wehrlosigkeit.

Ausplünderung: Unter der Bezeichnung „Wiedergutmachungen“ (Reparationen) verpflichtete sich Deutschland zur Ablieferung ungeheurer Mengen von Sachwerten (Vieh, Kohle, Farbstoffe, Handelsschiffe usw.) sowie zur Zahlung riesiger Summen, deren Höhe erst später bekanntgegeben wurde. Dadurch sollte Deutschland wirtschaftlich endgültig vernichtet und dem langsamen Hungertode preisgegeben werden.

Kriegsschuldlüge: Deutschland wurde zur Anerkennung gezwungen, den Krieg verschuldet zu haben. Und diese erpreßte Erklärung diente den Alliierten fünfzehn Jahre lang dazu, vor dem „Weltgewissen“ die moralische Rechtfertigung für ihre vernichtenden „Friedens“-Bedingungen darzutun!

Militärische Besetzung im „Frieden“: Um jederzeit ein wirkungsvolles Mittel zu Erpressungen bereitzuhaben, räumten sich die Alliierten das Recht ein, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren durch ihre Truppen besetzt zu halten. Laut Vertrag durfte die Zurückziehung der Besatzungstruppen hinausgeschoben werden, wenn die Alliierten die „Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands“ nicht als ausreichend erachteten!

Abgeliefert wurden in Erfüllung des Versailler Diktats von Deutschland an die Ententemächte u. a.:

6 Millionen Gewehre,	1 072 Flammenwerfer,
130 000 Maschinengewehre,	40 Millionen Granaten,
60 000 Geschütze und Rohre,	500 Millionen Patronen,
31 000 Minenwerfer,	16 Millionen Handgranaten,
15 700 Flugzeuge,	8 982 Funkstationen,
27 700 Flugzeugmotore,	418 Handelsschiffe.

Die auf Befehl der Entente in der Bucht von Scapa Flow internierte deutsche Kriegsflotte wurde durch ihre eigene Mannschaft versenkt, um sie der schmachvollen Übergabe in Feindeshand zu entziehen.

Zerstört wurden ferner auf Befehl der Entente unter alliierter Kontrolle u. a.: 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen; 9 000 Fabriken, die für den Kriegsdienst gearbeitet hatten, mußten umgestellt, 600, im Werte von 53 Millionen Mark, völlig zerstört werden. Außerdem wurden fast alle deutschen Festungen geschleift.

Die Folgen des Versailler Diktats

Das wehrlose und in sich zerrissene Deutschland wurde unter ständigem Druck gehalten und mußte immer neue Demütigungen ertragen. Bei der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet im März 1920 „besetzten" deutsche Truppen die neutrale Zone, was von Frankreich sofort als Vorwand benutzt wurde, um auch Frankfurt am Main, Darmstadt, Hanau und Homburg zu besetzen. Der schwerste Schimpf, den Frankreich dem deutschen Volk zufügte, war die Verwendung farbiger Kolonialtruppen bei der Rheinlandbesetzung. Die „schwarze Schmach" rief sogar in den neutralen Ländern heftige Proteste hervor, die allerdings bei den Gegnern nur tauben Ohren begegneten.

Der Abstimmungs-Betrug

Trotz den für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnissen in Ost- und Westpreußen und Oberschlesien wurden völlig willkürliche Grenzziehungen vorgenommen und die primitivsten Menschenrechte mit Füßen getreten. Auch Eupen-Malmedy war nach einer Scheinabstimmung, die den wirklichen Verhältnissen Hohn sprach, an Belgien, die nördliche Zone von Schleswig an Dänemark verlorengegangen. Durch die Gebietsabtretungen verlor Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht (ohne Berücksichtigung des Verlustes seiner Kolonien); drei Viertel seiner Eisenerzproduktion, drei Fünftel seiner Zinkgewinnung, ein Viertel seiner Kohlenvorkommen, 21 % seiner Gesamternte an Getreide und Kartoffeln usw.

Die Reparationen

Im Januar 1921 wurden nach langen Beratungen die „Reparationsforderungen" der Alliierten veröffentlicht. Deutschland sollte 226 Milliarden Goldmark bis zum Jahre 1963 zahlen, außerdem noch Jahrestribute in Höhe von 12 % der deutschen Ausfuhr leisten! Diese wahnwitzigen Forderungen erschienen selbst der damaligen erfüllungsbereiten deutschen Regierung übertrieben und wurden von ihr abgelehnt. Daraufhin besetzten Ententetruppen — in Friedenszeiten! — Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Im Mai wurde in Berlin das „Londoner Ultimatum" überreicht, in dem die deutsche Reparationsschuld auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt und von Deutschland — bei Androhung weiterer Sanktionen (militärische Besetzung des gesamten Ruhrgebiets!) — gefordert wurde, die vorgesehenen Verpflichtungen — u. a. Zahlung von 1,2 Milliarden Goldmark jährlich! — vorbehaltlos zu erfüllen. Um „die deutsche Freiheit zu bewahren", nahm die Weimarer Koalition das Ultimatum an und leitete die sogenannte „Erfüllungspolitik" ein, in deren Verlauf die deutsche Wirtschaft in immer stärkerem Maße unter die Abhängigkeit des ausländischen Finanz-

kapitals geriet. Für das deutsche Volk bedeutete diese unselige Politik: Inflation, Schwund des Volksvermögens, Lebensmittel- und Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit, fortgesetztes Anziehen der Steuerschraube, Geburtenrückgang, Demoralisierung der Jugend, kurz, das deutsche Volk sah dem scheinbar unausweichlichen Volkstode entgegen!

Ruhreinbruch / Passiver Widerstand

Unter einem nichtigen Vorwand — Nichteinhaltung des Termins der Holzlieferungen! — marschierten im tiefsten „Frieden" (!) am 11. Januar 1923 fünf französische Divisionen und eine belgische ins Ruhrgebiet ein. Die deutsche Regierung ordnete als Protest gegen diesen schändlichen Bruch des Völkerrechts den „passiven Widerstand" an. Aber bereits wenige Monate später war sie gezwungen, den von der gesamten Bevölkerung einmütig getragenen Widerstand abzubrechen, nachdem — als späte Kriegsopfer im „Frieden" — über 100 Deutsche ihr Leben gelassen hatten, zehn zum Tode und Unzählige zu langen Kerkerstrafen verurteilt und über 130 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder von Haus und Hof vertrieben worden waren. Der zwangsläufige Zusammenbruch des „passiven Widerstandes" zeigte in erschreckender Deutlichkeit, daß ein wehrloses Volk der nackten Willkür seiner Neider und Widersacher hilflos ausgeliefert ist. Die heldenhaften Träger des aktiven Widerstandes aber wurden von den damaligen deutschen Regierungen verleugnet und — wie Albert Leo Schlageter — von den eigenen Behörden steckbrieflich verfolgt!

Rheinland-Separatismus

Frankreich begnügte sich nicht mit der „Friedenstat" militärischer Besetzung deutschen Landes. Es setzte alle Hebel in Bewegung, um mit anderen „friedlichen" Mitteln das Rheinland vom Reiche loszureißen. Ehrvergessene Deutsche fanden sich bereit, mit französischer Unterstützung die Errichtung einer „selbständigen" rheinischen Republik zu betreiben. Angesichts der maßlosen Erbitterung der Rheinlandbevölkerung mußte Frankreich, auch von seinen Verbündeten in diesem unsauberen Spiel im Stich gelassen, aber schließlich diese auf eine Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne aufgeben.

Die Ausplünderung

Inzwischen sank die Mark bis zur völligen Wertlosigkeit ab. Ausländische Spekulanten und einheimische jüdische Schieber plünderten das deutsche Volk planmäßig und rücksichtslos bis zur fast vollständigen Enteignung aus. Erst im November 1923 wurde die Mark stabilisiert, nachdem der Gegenwert einer Goldmark die astronomische Ziffer von 1 000 000 000 000 (eine Billion!) Papiermark erreicht hatte.

Dawes- und Youngplan

Am 1. September 1924 trat der vom System-Reichstag angenommene „Dawes-Plan" in Kraft, der eine „Kommerzialisierung" der deutschen Reparationsschulden vorsah. Durch ein raffiniert ausgeklügeltes Netz von Krediten, Zinszahlungen, Ver-

pfändungen von Steuern, Zöllen usw. wurde Deutschland auf mehr als ein halbes Jahrhundert unter die Oberhoheit des internationalen Finanzkapitals gezwungen. Die Reparationen sollten nunmehr in Jahresraten von 2½ Milliarden Mark entrichtet werden, d. h. Deutschland sollte für die Dauer von zwei Generationen täglich rund 7 Millionen Mark an das Ausland zahlen! Großmütig wurden Deutschland zur Deckung der dringendsten Verbindlichkeiten Kredite bewilligt, für die es aber selbstverständlich neue schwere Verpflichtungen eingehen mußte. Die Finanzgebarung des Reiches wurde von einem ausländischen „Reparationsagenten" kontrolliert, von dessen Gnade es abhing, ob ein Bruchteil der deutschen Steuereinnahmen z. B. zum Bau von Wohnungen, Straßen usw. verwendet werden durfte. Das alles charakterisiert den Geist des Versailler „Friedens".

Im April 1929 drohte das künstlich errichtete Dawessystem zusammenzubrechen. Das Reich befand sich in äußerst finanzieller Bedrängnis, und die deutsche Währung war erneut gefährdet. Ein neuer „Plan", der sogenannte Young-Plan, wurde entworfen und von der Systemregierung angenommen. Er brachte zwar einige Erleichterungen, aber die Tatsache der Versklavung des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus (bis 1988!) mit einer Schuldenlast von rund 113 Milliarden Reichsmark blieb weiter bestehen.

Alles in allem — Sachlieferungen eingeschlossen — hat Deutschland Werte in Höhe von

67 Milliarden Reichsmark

an die Siegerstaaten entrichtet.

Niedergang

Die natürliche Folge davon war eine ungeheure Verschuldung des Reiches, völlige Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens, Anschwellen der Arbeitslosigkeit, die 1932 rund 7 Millionen erreichte, zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes, wachsende Gefahr einer völligen Auflösung der staatlichen Autorität. Und was unternahmen hiergegen die deutschen Regierungen? In diesen Jahren tiefster Not und höchster Gefahr wurde das deutsche Volk mit der „Pflästerchen"-Politik unzulänglicher Notverordnungen „regiert"! So trieb der außenpolitische Druck, verbunden mit der eigenen Unfähigkeit, das undeutsche „Weimarer System" dem Untergang entgegen.

Zugrunde ging dabei aber auch die von den „weisesten" und so außerordentlich „human" denkenden Köpfen der „westlichen Demokratien" ausgebrütete „Friedens-Politik" von Versailles. Zwar hatten die Alliierten den Krieg — nicht durch Waffensiege — gewonnen; ihren „Frieden" von Versailles aber, der nichts anderes war als eine Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk mit anderen Waffen, haben sie 1933 verloren — 15 Jahre nach der im Vertrauen auf einen gerechten Frieden erfolgten Niederlegung der Waffen Deutschlands.

Erhebung gegen Versailles

In der Zeit der tiefsten Not erstanden Deutschland Männer, die inmitten des allgemeinen Niederganges nicht verzweifelten, sondern an den Wiederaufstieg des Reiches glaubten. Geschart um den Frontsoldaten des großen Krieges, Adolf Hitler, der

dem deutschen Volk eine neue Idee — den Nationalsozialismus — und mit ihr eine völkische Weltanschauung schenkte, hat diese kleine Gruppe von Männern unter Einsatz ihres Lebens den Kampf um Deutschlands Erneuerung in wenigen Jahren zum völligen Erfolg geführt.

Am 24. Februar 1920 verkündete Adolf Hitler in München das

Programm der nationalsozialistischen Bewegung

dessen außenpolitische Forderungen lauten:

Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland; Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen; Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain; Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung des deutschen Volkes und Ansiedlung seines Bevölkerungsüberschusses.

Knapp 20 Jahre später hat der Nationalsozialismus, hat Deutschlands Führer Adolf Hitler bereits in den ersten sieben Jahren seiner Regierung dieses damals noch utopisch erscheinende Programm nahezu restlos verwirklicht.

Die Friedenspolitik des neuen Deutschland

Nach dem Siege des Nationalsozialismus setzte sofort in der ganzen Welt eine planmäßig betriebene Hetze gegen das neue Deutschland ein. Alle überstaatlichen Mächte — Judentum, Freimaurerei, Marxismus und teilweise auch das politisierende Kirchentum — schlossen sich zu gemeinsamen haßerfüllten Aktionen, Protestkundgebungen und Boykottkampagnen gegen das nationalsozialistische Regime zusammen. Das neue Deutschland wurde mit den übelsten Methoden verleumdet. Unter dem Schlagwort „Nationalsozialismus ist Krieg!" wurde das alte Märchen von der „pangermanistischen Gefahr" neu aufgewärmt und der „Präventiv-Krieg" gegen Deutschland gefördert. Der konsequenten Friedenspolitik unseres Führers Adolf Hitler gelang es, die Verwirklichung der verbrecherischen Kriegspläne des internationalen Judentums wenigstens so lange zu verhindern, bis das Reich in einem solchen Maße erstarkt war, daß es seinen Feinden getrost die Stirne bieten konnte.

In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 gab Adolf Hitler in einem Appell an die Welt dem tiefen Friedenswillen des deutschen Volkes Ausdruck. Er erklärte im Namen der Reichsregierung u. a.:

„Deutschland ist nun jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten; denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit."

„Abrüstungs"-Verhandlungen

Die klaren Friedensvorschläge Adolf Hitlers wurden im deutschfeindlichen Ausland nicht gewürdigt. Obgleich sogar im Diktat von Versailles die deutsche Abrüstung ausdrücklich nur als Vorleistung für eine allgemeine Rüstungsbeschränkung aller Nationen bezeichnet worden war, hatten fast alle europäischen Staaten ihre Rüstungen von Jahr zu Jahr erhöht. Die planmäßig betriebene jüdisch-internationale Hetze über angebliche deutsche Kriegsgelüste lieferte den ausländischen Regierungen neue, ihnen willkommene Argumente für eine weitere Verstärkung ihrer militärischen Machtmittel. Deutschland blieb abgerüstet. Die Genfer Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes wurden von Deutschlands Gegnern bewußt verschleppt. Großmütig wollte man Deutschland im Oktober 1933 die Umstellung der 100 000-Mann-Reichswehr auf eine Art Miliz von 200 000 Mann zugestehen, aber auch dies nur verbunden mit einer internationalen Kontrolle ohne jede Verpflichtung über das Ausmaß der verpflichtungsgemäß längst fällig gewesenen Abrüstung des Auslandes!

Das Ziel der ehemaligen Feindbundmächte, der die Völkerbundspolitik bestimmenden „westlichen Demokratien", trat immer klarer zutage: Umgeben von waffenstarrenden Nationen sollte Deutschland auch weiterhin weder Flugzeuge, noch schwere Geschütze, Tanks usw. besitzen. Nachdem unter allen hochgerüsteten Großmächten Deutschland allein abgerüstet hatte, sollte es als einziges Land — mit seinen ungünstigen,

ungeschützten Landesgrenzen und bar jeden Schutzes in seinem Luftraum — für alle Zukunft seinen Gegnern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert bleiben!

Diese jahrelang unverändert ablehnende Haltung der feindseligen Genfer Mächtegruppe gegenüber den berechtigten Forderungen Deutschlands zwang die nationalsozialistische Staatsführung, die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen: Adolf Hitler verkündete am 14. Oktober 1933 den

Austritt aus dem Völkerbund

und rief das deutsche Volk zu einer Abstimmung über die Politik seiner Regierung auf. In dem Aufruf der Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 wurde der uneingeschränkte Friedenswille Deutschlands erneut in aller Offenheit kundgetan:

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung, der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen."

Am 12. November 1933 bekannten sich 40 632 628 deutsche Männer und Frauen (95,1 % der abgegebenen Stimmen) zur Politik des Führers. Die Welt sah sich einem einigen, in sich geschlossenen Deutschland gegenüber — einig in seinem ehrlichen Wunsch nach Frieden, einig aber auch in seinem Willen zur Selbstbehauptung.

Demgegenüber versuchte die jüdisch beeinflußte Weltpresse den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund als Beweis für die „kriegerischen Absichten" des nationalsozialistischen Regimes hinzustellen und erging sich in den unwahrscheinlichsten Verleumdungen über die angeblichen Ziele der deutschen Politik. Die unerhörten Verdächtigungen Deutschlands fanden eine schlagende Widerlegung durch das Memorandum der deutschen Regierung vom 18. Dezember 1933. Deutschland forderte lediglich zum Schutz seiner ringsum offenen Landesgrenzen ein 300 000-Mann-Heer sowie Defensivwaffen entsprechend der Normalbewaffnung einer modernen Verteidigungsarmee. Die Verhandlungen über diese maßvollen Forderungen Deutschlands zogen sich jedoch monatelang hin und scheiterten schließlich an der unversöhnlichen Haltung Frankreichs, das sich nach altem, immer wieder verwendeten Rezept wieder einmal für „bedroht" hielt.

Inzwischen tat die nationalsozialistische Regierung einen weiteren praktischen Schritt in der Verwirklichung ihrer friedlichen außenpolitischen Ziele. Bereits im November 1933 waren mit der polnischen Regierung Besprechungen eingeleitet worden zur Klärung der zwischenstaatlichen Beziehungen, und am 26. Januar 1934 kam es zur Unterzeichnung eines

Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Polen

In dem am 27. Juni 1934 ratifizierten Vertrag erklärten beide Regierungen ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitige Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen und unter keinen Umständen zur Anwendung von Gewalt zu schreiten. Mit diesem für einen Zeitraum von 10 Jahren geschlossenen Abkommen legte Deutschland einen konkreten Beweis seiner unbedingten Friedenspolitik ab. Das Abkommen fand am 5. November 1937 eine Ergänzung durch die deutsch-polnische Vereinbarung über die Behandlung der Minderheiten, die allerdings von polnischer Seite nicht eingehalten worden ist. Durch seinen Anschluß an die

gegen Deutschland gerichtete englische Einkreisungspolitik und die damit verbundene Ablehnung der deutschen Vorschläge über eine friedliche Regelung der schwebenden Streitfragen hat Polen die Bestimmungen des Nichtangriffspaktes in den Jahren 1938/39 wiederholt gebrochen. Die sich ständig häufenden Gewaltakte gegen deutsches Gut und Blut sowie die überhandnehmenden Grenzverletzungen ließen schließlich für Deutschland (wie an anderer Stelle noch eingehend gezeigt werden wird) keinen anderen Ausweg, als die Beantwortung der aus diesem gefährlichen Unruheherd an der Ostgrenze des Reiches kommenden Angriffe Gewalt entgegenzusetzen.

Die deutsch-französischen Beziehungen

erfuhren im Jahre 1934 eine Trübung durch die geringe Verständnisbereitschaft Frankreichs in der Frage der Rückgliederung des Saargebiets in das Reich. Trotz der ausdrücklichen Erklärung Adolf Hitlers: „Nichts trennt Deutschland und Frankreich außer der Saarfrage!" setzten die deutschfeindlichen Kreise in Frankreich alle Mittel in Bewegung, um die reibungslose Rückgliederung des Saargebiets in das Reich zu hintertreiben. Die in der „Deutschen Front" zusammengeschlossenen deutsch-gesinnten Gruppen des Saargebiets hatten einen schweren und erbitterten Kampf gegen Matz Brauns rote „Freiheitsfront" zu führen, die sich der tatkräftigen Unterstützung des internationalen Judentums erfreute.

Die Bestrebungen der internationalen Hetzer, ein „neutrales" Saargebiet zu erzwingen, das einen ständigen Unruheherd im Herzen Europas abgegeben hätte, wurden am 13. Januar 1935 zuschanden. 90,5 % der Saarbevölkerung bekannten sich zu ihrer deutschen Heimat. Der Erfolg an der Saar war ein neuer Sieg der nationalsozialistischen Idee über den jüdischen Internationalismus — ein Sieg ohne Waffen, der eine 15 Jahre lang offen gehaltene Wunde schloß; ein weiterer, die Verständigung der Völker und die endliche Befriedung Europas hindernder Konfliktsstoff war damit beseitigt.

Nach der Saarabstimmung tat Adolf Hitler einen weiteren Schritt zur

Verständigung mit Frankreich

indem er in einem Interview u. a. feststellte:

„Ich habe offen erklärt, daß nach der Rückkehr des Saargebietes Deutschland keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen wird. Ich habe diese Erklärung heute vor aller Welt verbindlich wiederholt. Es ist dies ein geschichtlich schwerer Verzicht, den ich damit im Namen des deutschen Volkes ausspreche. Ich tue es, um durch dieses schwerste Opfer beizutragen zur Befriedung Europas. Mehr kann man von Deutschland nicht verlangen . . ."

Im Zuge der durch das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 erzielten Annäherung zwischen den beiden Ländern unterzeichneten der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und der Außenminister Bonnet am 6. Dezember 1938 eine

gemeinsame deutsch-französische Erklärung

in der die deutsche und die französische Regierung feststellten, daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben. In der Erklärung wurde ferner der Entschluß der beiden Regierungen zum Ausdruck gebracht, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen

Schwierigkeiten führen sollte. Innerpolitische Widerstände, vor allem aber die im März 1939 offen einsetzende englische Einkreisungspolitik haben diesen hoffnungsvollen Ansatz zu einer dauerhaften deutsch-französischen Verständigung mit einem Schlage zerstört und denjenigen Kräften in Frankreich wieder das Übergewicht gegeben, die sich mit der Existenz eines Großdeutschen Reiches nicht abfinden zu können glauben.

Wie die deutsche Reichsregierung Frankreich wiederholt die Friedenshand reichte, so bewies das neue Deutschland auch dem anderen großen Weltkriegsgegner — Großbritannien — den deutschen Friedenswillen durch das am 18. Juni 1935 abgeschlossene

deutsch-englische Flotten-Abkommen

in dem sich Deutschland bereiterklärte, die zukünftige Stärke der deutschen Flotte gegenüber der Gesamtflottenstärke des Britischen Reiches im Verhältnis 35:100 zu halten. Am 17. Juli 1937 wurde in London ein weiteres deutsch-englisches Flottenabkommen unterzeichnet, das Vereinbarungen über Schiffsgröße, Bestückung der Kriegsschiffe usw. enthielt. Die Verständigungsbereitschaft Deutschlands wurde seinerzeit in England voll gewürdigt. So erklärte der Parlamentssekretär der britischen Admiralität am 20. Juli 1937 im Unterhaus, daß es im gegenwärtigen Augenblick nur eine Art von Rüstungsbegrenzungen in der ganzen Welt gäbe, nämlich das deutsch-englische Flottenabkommen, das von beiden Seiten eingehalten worden sei und ein Vorbild darstelle.

Die deutsch-englischen Beziehungen hatten aber vor allem durch die

gemeinsame Friedenserklärung Adolf Hitlers und Chamberlains

in der der Wunsch der beiden Völker zum Ausdruck gebracht wurde, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen, eine Vertiefung erfahren, die alle wahren Friedensfreunde mit aufrichtiger Freude erfüllte. Diese im Anschluß an das Münchener Abkommen unterzeichnete Erklärung berechtigte zu der Hoffnung, daß Europa eine lange Friedenszeit beschieden sein würde. Noch am 30. Januar 1939 gab Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede dieser Auffassung mit den Worten: „Ich glaube an einen langen Frieden!“ beredten Ausdruck. Es wird noch gezeigt werden, wie und durch wessen Schuld diese glückliche europäische Perspektive vernichtet worden ist.

Friedensgarantien für Holland und Belgien

Trotz der zahlreichen Beweise des deutschen Friedenswillens nahm der deutschfeindliche Hetzfeldzug unverantwortlicher Kriegstreiber seinen Fortgang. In der Reichstagsrede am 30. Januar 1937 hatte der Führer die ihm vom Ausland untergeschobene Absicht, Isolierungspolitik zu treiben, energisch zurückgewiesen und der Bereitschaft der deutschen Regierung Ausdruck gegeben, Belgien und Holland jederzeit als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren.

Am 13. Oktober 1937 wurde neuen deutschfeindlichen Verdächtigungen durch Abgabe einer förmlichen deutschen Garantie über die Unverletzlichkeit Belgiens jeder Boden entzogen. In einer Note an die belgische Regierung bestätigte die deutsche Regierung ihren Entschluß, die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren, ausgenommen selbstverständlich in dem Fall, daß Belgien bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirken würde. Darüber hinaus

erklärte sich Deutschland bereit, Belgien Beistand zu leisten, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte. Dieser unmißverständliche Freundschaftsakt der deutschen Regierung löste in Belgien größte Genugtuung aus. Die belgische Regierung bezeichnete die deutsche Erklärung als einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Friedens und einen höchst günstigen Faktor für die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien.

Es ist bezeichnend für die Skrupellosigkeit der berufsmäßigen internationalen Brunnenvergifter, daß sie diese friedlichen Versicherungen des Führers nun zum Anlaß nahmen, um das Gerücht in die Welt zu setzen, Deutschland hege aggressive Absichten gegen die Schweiz! Dieser Lügenfeldzug brach rasch zusammen durch die deutsche

Anerkennung der schweizerischen Neutralität

Am 23. Februar 1937 empfing der Führer den schweizerischen Bundesrat Schultheß und gab ihm eine Erklärung über das deutsche Verhältnis zur Schweiz ab, in der es u. a. heißt:

„Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit der Schweiz respektieren."

Diese Neutralitätserklärung des Führers wurde bekräftigt und ergänzt durch einen Notenwechsel zwischen der Schweiz und Deutschland am 21. Juni 1938. Die Schweizer Regierung teilte in einer Note mit, daß sie in keiner Weise mehr an die Anwendung der Sanktionsbestimmungen des Völkerbundes gebunden sei. In ihrer Antwortnote begrüßte die Reichsregierung den schweizerischen Schritt und bekundete erneut ihren Willen, die Neutralität der Schweiz anzuerkennen und zu achten.

Im Mai 1939 fanden zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen von Estland, Lettland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland Verhandlungen wegen Abschlusses von Nichtangriffspakten statt. Während Norwegen, Schweden und Finnland den deutschen Vorschlag mit der Begründung ablehnten, daß sie unter Aufrechterhaltung des Prinzips der Neutralität nicht in der Lage seien, mit irgendeinem Land Nichtangriffspakte abzuschließen, kam es am 31. Mai 1939 in Berlin zur Unterzeichnung eines

Nichtangriffsvertrages mit Dänemark

in dem der Entschluß zum Ausdruck gebracht wird, den Frieden zwischen Deutschland und Dänemark unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Anläßlich der Rückgliederung des Memelgebietes in den Verband des Deutschen Reiches wurde am 24. März 1939 in Berlin ein

deutsch-litauischer Vertrag

unterzeichnet, der die freundschaftliche Regelung aller schwebenden Fragen vorsieht und u. a. die Verpflichtung beider Teile enthält, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten, noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unterstützen. Ein weiterer Schritt zur Befriedung des Ostseeraumes erfolgte am 7. Juni 1939 durch den Abschluß von

Nichtangriffsverträgen mit Lettland und Estland

Gestützt auf die einige und geschlossene deutsche Volksgemeinschaft ist der Nationalsozialismus bestrebt, ein neues politisches Prinzip zur Geltung zu bringen.

Auf der Grundlage einer offenen Aussprache von Volk zu Volk und der Berücksichtigung der gegenseitigen nationalen Interessen hat das neue Deutschland eine Reihe von Verträgen und Vereinbarungen getroffen, die durch ihren konkreten, unmißverständlichen Inhalt einer wirklichen Friedenssicherung dienen könnten, wenn die westlichen Plutokratien in ihrem blinden Haß gegen den deutschen Sozialismus die Herstellung eines europäischen Friedens auf der Grundlage der nationalen Gerechtigkeit nicht mit allen Mitteln zu verhindern suchten!

Das neue Deutschland sah sich 1933 einer Welt von Feinden gegenüber. In zähem Ringen ist es dem Nationalsozialismus gelungen, Bresche um Bresche in diesen feindlichen Ring zu schlagen. Jeder neue Friedensbeweis Adolf Hitlers wurde von der jüdischen Internationale durch neue Verleumdungen zu entkräften versucht. Es ist der durch keine Widerstände zu erschütternden Gradlinigkeit der nationalsozialistischen Politik zuzuschreiben, daß die deutschfeindliche Hetze ihr erstrebtes Ziel — die völlige Isolierung Deutschlands — nicht erreicht hat. In zunehmendem Maße sind die Bemühungen des neuen Deutschlands, in der übrigen Welt Verständnis für die friedlichen Absichten der deutschen Außenpolitik zu erwecken, von Erfolg gekrönt gewesen.

Als im Oktober 1935 der italienisch-abessinische Krieg ausbrach, benutzte die antifaschistische Einheitsfront sofort dieses Ereignis, um gegen

Italien

Sturm zu laufen. Der Völkerbund, von den internationalen Kriegshetzern gegen Mussolini mobilisiert, beschloß, Blockademaßnahmen (Sanktionen) gegen das italienische Volk zu ergreifen. In Genfer Kreisen rechnete man anfangs damit, daß sich auch Deutschland in die Boykottfront gegen Italien einreihen werde. Dieser Hoffnung bereitete die klare Haltung der nationalsozialistischen Staatsführung schnell ein Ende. Der Nationalsozialismus erblickte seit jeher im faschistischen Italien ein Element der Ordnung auf dem unruhigen europäischen Kontinent. Da die Vorgänge in Abessinien die deutschen Interessen in keiner Weise beeinträchtigten, nahm Deutschland in dem Konflikt eine streng neutrale Stellung ein und vereitelte damit in hohem Maße den Erfolg der den europäischen Frieden gefährdenden Genfer Sanktionsmaßnahmen.

Der Grundstein für die deutsch-italienische Freundschaft war gelegt. Diese erfuhr anläßlich des Besuches des italienischen Außenministers Graf Ciano beim Führer im Oktober 1936 durch die förmliche Anerkennung des Italienischen Kaiserreiches Aethiopien seitens der deutschen Regierung und durch den Besuch des italienischen Regierungschefs in Deutschland Ende September 1937 eine weitere Vertiefung.

Die vertrauensvolle deutsch-italienische Zusammenarbeit für den Weltfrieden erfuhr eine neue Stärkung durch den Austritt Italiens aus dem Völkerbund am 11. Dezember 1937. „Wir verlassen den Tempel, wo man nicht für den Frieden arbeitet, sondern den Krieg vorbereitet", so lautete die treffsichere Begründung Mussolinis für seinen vom gesamten italienischen Volke gebilligten Entschluß, der auch in Deutschland mit großer Genugtuung aufgenommen wurde. Die Richtigkeit der nationalsozialistischen These über die Unfruchtbarkeit, ja die Gefährlichkeit des Genfer Bundes für die Aufrechterhaltung des Friedens hatte durch den italienischen Schritt eine erneute Bestätigung erfahren. Am 22. Mai 1939 wurde in Berlin ein

Freundschafts- und Bündnispakt zwischen Deutschland und Italien

unterzeichnet, der die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zum Ziele hat. Im Geiste dieses Abkommens hat die italienische Regierung am 2. September 1939 einen Versuch zur Rettung des Friedens unternommen, indem sie die Einberufung

einer Konferenz zur Lösung des deutsch-polnischen Konfliktes vorschlug. Der italienische Vorschlag scheiterte jedoch an der brüsken Ablehnung durch das unter allen Umständen zum Krieg entschlossene England.

Zu der Großmacht des Fernen Ostens

Japan

pflegt Deutschland seit Jahren ein herzliches Freundschaftsverhältnis. Enge wirtschaftliche und fruchtbare kulturelle Beziehungen bilden die Brücken für die stetig wachsende Verständigung zwischen den beiden großen Völkern.

Zu dem von Generalissimus Franco geführten

Spanien

unterhält Deutschland besonders freundschaftliche Beziehungen. Bereits am 18. November 1938 sprach die Reichsregierung — gleichzeitig mit der italienischen Regierung — die Anerkennung der spanischen Nationalregierung aus. Die selbstverständliche Solidarität des nationalsozialistischen Deutschland mit dem gegen die rote Anarchie und die internationale Kriegshetze sich verteidigenden Nationalspanien Francos hat der Herstellung einer dauerhaften Freundschaft zwischen den beiden Ländern den Weg geebnet.

Mit dem nach national-autoritären Gesichtspunkten regierten

Bulgarien

verbindet Deutschland seit je ein auf der Gemeinsamkeit der Interessen beruhendes enges wirtschaftliches und kulturelles Verhältnis, das anläßlich des Besuches des bulgarischen Ministerpräsidenten Kjosse-Iwanoff im Juli 1939 in Berlin erneut bekräftigt wurde. Die freundschaftliche Entwicklung der

deutsch-jugoslawischen Beziehungen

erfuhr eine wertvolle Förderung durch die persönliche Aussprache des Prinzregenten Paul mit dem Führer bei seinem mehrtägigen offiziellen Staatsbesuch in Berlin im Juni 1939.

Die langjährige Freundschaft, die Deutschland mit

Ungarn

verbindet, ist durch die enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie durch den häufigen Gedankenaustausch der Staatsmänner der beiden Länder ständig vertieft worden.

Die seit dem 14. März 1939 unabhängige

Slowakei

ist durch den 25jährigen Schutzvertrag vom 24. März 1939 auf das engste mit dem Deutschen Reich verbunden, das den Schutz der politischen Unabhängigkeit des slowakischen Staates und der Integrität seines Gebietes übernommen hat.

Friedliche Aufbaupolitik

Mit Recht hat das Deutsche Reich immer wieder die Notwendigkeit des allgemeinen Völkerfriedens und seine eigene Bereitschaft betont, jeden nur möglichen Beitrag hierfür zu leisten, weil es innerhalb seiner Grenzen einen beispiellosen Aufbau durchführt, der vielen Völkern das Vorbild einer produktiveren Lenkung der Volkskräfte bietet als die Duldung von Streiks, sinnloser Völkerverhetzung durch Presselügen und Kriegsgeschrei.

Einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Festigung und Sicherung der wiedererrungenen Freiheit des Reiches bedeutete der im Oktober 1936 im Auftrage des Führers von Reichsmarschall Hermann Göring in Kraft gesetzte

Vierjahresplan

Das neue Deutschland hat als einziges Land der Welt die Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wirklich überwunden. Ausgehend von dem nationalsozialistischen Grundsatz, daß vermehrte Arbeit und Erzeugung eine solidere wirtschaftliche Grundlage bilden als Gold und fremde Anleihen, hat das an Rohstoffen und an Devisen arme Deutschland in wenigen Jahren aus eigener Kraft alle die Schwierigkeiten gemeistert, an denen zahlreiche Weltwirtschaftskonferenzen gescheitert sind. Die straffe Zusammenfassung aller Kräfte der Nation in der Organisation des Vierjahresplans, die einheitliche Ausrichtung und Lenkung der deutschen Wirtschaft durch die nationalsozialistische Führung sowie die vertrauensvolle Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes an dem gigantischen Aufbauwerk des Führers haben es zuwege gebracht, das große Ziel — die Sicherung der deutschen Freiheit und des deutschen Lebens — zu erreichen. In der zeitlich gesehen ungeheuren kurzen Spanne von sieben Jahren hat sich das deutsche Volk unter der Führung Adolf Hitlers seine Stellung als gleichberechtigte Nation in der Völkergemeinschaft, allein auf sich gestellt, aus eigener Kraft wiedererkämpft durch harte Arbeit in friedlicher Aufbaupolitik.

Deutschlands Kampf um Ehre und Freiheit

Zwei Jahre lang wurden die Verhandlungen über die berechtigten Wünsche des neuen Deutschland für den Ausbau seiner nationalen Sicherheit von den Nutznießern des Versailler Diktats verschleppt. Selbst bis an die Zähne bewaffnet und ihren Rüstungsstand Jahr für Jahr erhöhend, glaubten sie — jedem gerechten Ausgleich und damit jedem wahren Frieden abgeneigt — Deutschland auch weiterhin durch Drohungen einschüchtern zu können. Das Dritte Reich war nicht gesonnen, diese unehrenhafte Behandlung noch länger hinzunehmen. Bereits am 17. Juni 1934 hatte Adolf Hitler auf dem Gautag in Gera erklärt:

„Die Welt muß wissen: Die Zeit der Diktate ist vorbei! So wenig wir die Absicht haben, einem anderen Volke einen Zwang aufzulegen, so sehr wehren wir uns gegen jeden Versuch, das deutsche Volk auch weiterhin unter einen dauernden Zwang zu legen!"

Die fortgesetzten Versuche der Westmächte, Deutschland bald mit leeren Versprechungen hinzuhalten, bald mit unverhüllten Drohungen einzuschüchtern, in verwickelte Paktsysteme zu zwingen und in jeder Weise zu bevormunden, wurden immer unerträglicher. Vollends die Mitte 1934 bekanntgewordenen maßlosen Rüstungsprogramme Frankreichs und seiner Verbündeten zwangen Deutschland, wirksame

militärische Maßnahmen für den Schutz seiner Grenzen zu treffen. Nachdem Hermann Göring am 11. März 1935 Erklärungen über die Organisation der deutschen Luftflotte abgegeben hatte, verkündete der Führer am 16. März 1935 die

Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit

In einem Aufruf der Reichregierung wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen in geradezu selbstmörderischer Weise nachgekommen war, während die übrigen Unterzeichner des Versailler Diktats eine in der Geschichte noch nie dagewesene Aufrüstung durchführten. Nach dem endgültigen Scheitern der langwierigen Verhandlungen über die deutschen Vorschläge für einen Rüstungsausgleich sehe sich die deutsche Regierung nunmehr veranlaßt, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu treffen, die eine Beendigung des ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustandes der ohnmächtigen Wehrlosigkeit eines großen Volkes und Reiches gewährleisten. Deutschland habe zur Förderung des Friedens getan, was in seinen Kräften stand, müsse aber mit Bedauern feststellen, daß in der übrigen Welt eine sich fortgesetzt steigernde Aufrüstung stattfinde.

Auf die rechtmäßig begründete deutsche Aktion erfolgten

Proteste der Westmächte

Anklagen gegen das Reich vor dem Völkerbund und verstärkte Anstrengungen zur Einkreisung Deutschlands. Als der Völkerbund sich das Recht anmaßte, Deutschland zu „verurteilen", wies die Reichsregierung diese erneute Diskriminierung auf das entschiedenste zurück. In der Reichstagsrede am 21. Mai 1935 wiederholte der Führer die Ablehnung der Genfer Entschließung mit der Begründung, daß nicht Deutschland das Diktat von Versailles gebrochen habe, sondern daß der Vertrag von jenen Mächten seit Jahren einseitig verletzt worden sei, welche die vertraglich vorgesehene Abrüstung nicht durchgeführt hatten. Er erklärte dann ausdrücklich, daß die Reichsregierung keinen Vertrag zu unterzeichnen gedenke, der ihr unerfüllbar erscheine, aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag peinlich einhalten werde. Deutschland sei auch jederzeit bereit, in seiner Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen würden. „Wir haben uns selbst jene Begrenzung auferlegt, die nach unserer Überzeugung den Schutz der Nation gewährleistet, ohne gegen die Gedanken der Möglichkeit einer kollektiven Sicherheit und ihrer Regelung zu verstoßen. Wir würden am glücklichsten sein, wenn eine solche Regelung uns die Möglichkeit geben würde, den Fleiß unseres Volkes für nützlichere Produktionen verwenden zu können als für die Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung von Menschenleben und Gütern."

Wiederum wurden die Friedensangebote Adolf Hitlers von den Mächten, an die sie gerichtet waren, nicht zur Kenntnis genommen.

Der wahnsinnige Rüstungswettlauf

wurde fortgesetzt, und besonders Frankreich, angeblich besorgt um seine „Sicherheit", ließ alle deutschen Friedensangebote unbeantwortet. Ende Februar 1936 hatte der Führer in einer Unterredung mit dem französischen Schriftsteller Bertrand de Jouvenel zum Ausdruck gebracht, daß der Begriff der Erbfeindschaft zwischen Frank-

reich und Deutschland ein Unsinn sei, und daß er und das deutsche Volk die Freundschaft mit Frankreich wünschten. Und wie reagierte Frankreichs Regierung auf dieses deutsche Bekenntnis, das zu einer endgültigen Befriedung hätte führen können? Wenige Tage später, am 27. Februar, wurde in der französischen Kammer das eindeutig gegen Deutschland gerichtete Militärbündnis mit der Sowjetunion ratifiziert.

Rheinlandbefreiung

Die deutsche Staatsführung sah sich abermals gezwungen, der neuen Lage entsprechende Maßnahmen für den Schutz der Reichsgrenzen zu treffen. Am 7. März 1936, um 12 Uhr mittags, erfolgte der Einmarsch der deutschen Truppen in die laut Versailler Diktat entmilitarisierte Rheinlandzone. Zur selben Stunde hielt der Führer im Reichstag eine programmatische Rede, in der er den deutschen Schritt eingehend begründete. In einer gleichzeitig bekanntgegebenen Note an die Westmächte erklärte sich Deutschland bereit, einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Frankreich und Belgien abzuschließen, möglichst unter Beteiligung Englands und Italiens und unter Einbeziehung Hollands, ferner einen europäischen Luftpakt, sowie einen Nichtangriffspakt mit Litauen. Die Reichsregierung gab sogar ihrer Bereitschaft Ausdruck, in den Völkerbund zurückzukehren, sofern dessen Satzungen von den für Deutschland entehrenden Versailler Grundlagen getrennt würden.

Auch diese konkreten deutschen Vorschläge, die eine großzügige Neuorganisation des europäischen Friedens zum Ziel hatten, wurden von den wochenlang in London beratenden Westmächten abgelehnt.

Ein neues „Urteil" über Deutschland

wurde gefällt, zu dem der deutsche Vertreter, Botschafter von Ribbentrop, bemerkte, daß es vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen werde. Am 1. April 1936 gab die Reichsregierung einen neuen, 19 Punkte enthaltenden Friedensplan bekannt, in dem neben der Wiederholung der Vorschläge vom 7. März die Abhaltung von Konferenzen angeregt wurde, die nach einem genau festgelegten Programm eine allmähliche Begrenzung der Rüstungen in die Wege leiten sollten. Das krankhafte Mißtrauen Frankreichs und die Querschüsse der jüdischen Kriegshetzer brachten aber auch diesen umfassenden Plan zur Sicherung des Friedens zum Scheitern. Durch endlose Rückfragen wurde jedes erfolgreiche Verhandeln systematisch sabotiert, bis auch dieser konstruktive Friedensbeitrag Deutschlands in den Aktenschränken der Diplomatie verstaubte.

Am 14. November 1936 stellte die Reichsregierung die

Souveränität über die deutschen Ströme

wieder her. In einem Schreiben an die Regierungen, die auf Grund des Versailler Diktats in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertreten waren, erklärte Deutschland, daß es die im Versailler Vertrag enthaltenen Bestimmungen über die auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen und die auf diesen Bestimmungen beruhenden internationalen Stromakte nicht mehr für sich als verbindlich anerkenne. Durch die Wiederherstellung der Freiheit der deutschen Ströme

war eine weitere Klausel des Versailler Diktats aufgehoben, deren Beseitigung die Entfernung eines der Befriedung entgegenstehenden Spannungsmoments bedeutete.

Am 30. Januar 1937 verkündete der Führer im Deutschen Reichstag feierlich die

Zurückweisung der Kriegsschuldlüge

Die Zurückziehung der deutschen Unterschrift unter jene damals einer schwachen deutschen Regierung abgepreßte Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage, bildete den logischen Abschluß der Wiederherstellung der deutschen Wehrfreiheit und der nationalen Souveränität. In derselben Reichstagssitzung gab der Führer auch die Befreiung der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Reichsbank von den noch bestehenden internationalen Zwangsvorschriften und ihre restlose Unterstellung unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches bekannt. Damit fand auch jener Teil des Versailler Diktats seine endgültige Erledigung, der das deutsche Volk — es zutiefst kränkend und verbitternd — auf Generationen hinaus versklaven sollte. Ferner vertrat der Führer mit besonderem Nachdruck den deutschen

Anspruch auf Kolonien

deren Rechtmäßigkeit er folgendermaßen begründete:

„Das deutsche Volk hat sich einst ein Kolonialreich aufgebaut, ohne irgend jemand zu berauben und ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen. Und es tat dies ohne einen Krieg. Dieses Kolonialreich wurde uns genommen. Die Begründungen, mit denen heute versucht wird, diese Wegnahme zu entschuldigen, sind nicht stichhaltig: 1. ‚Die Eingeborenen wollen nicht bei Deutschland sein.' Wer hat sie gefragt, ob sie bei jemand anderem sein wollen, und wann sind überhaupt die kolonialen Völker befragt worden, ob sie bei den früheren Kolonialmächten zu sein Lust und Liebe besäßen? 2. ‚Die deutschen Kolonien sind von den Deutschen gar nicht richtig verwaltet worden! Deutschland hat diese Kolonien erst wenige Jahrzehnte vorher erhalten. Sie wurden mit großen Opfern ausgebaut und waren in der Entwicklung begriffen, die heute zu ganz anderen Resultaten geführt haben würde wie etwa im Jahre 1914. Aber immerhin waren die Kolonien durch uns doch so entwickelt, daß man sie für wert genug hielt, um uns in blutigen Kämpfen entrissen zu werden. 3. ‚Die Kolonien besäßen gar keinen wirklichen Wert.' Wenn dies der Fall ist, dann wird diese Wertlosigkeit ja auch für die anderen Staaten zutreffen, und es ist nicht einzusehen, weshalb sie uns trotzdem vorenthalten werden. Im übrigen: Deutschland hat niemals Kolonien gefordert zu militärischen Zwecken, sondern ausschließlich zu wirtschaftlichen. Es ist klar, daß in Zeiten einer allgemeinen Prosperität der Wert eines bestimmten Gebietes sinken mag, es ist aber auch ebenso klar, daß in Zeiten der Not eine solche Bewertung eine sofortige Änderung erfährt. Und Deutschland lebt heute in Zeiten eines schweren Kampfes um Lebensmittel und Rohstoffe. Ein genügender Einkauf wäre nur denkbar bei einer fortgesetzten und dauernden Steigerung unserer Ausfuhr. Also wird die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Land als eine selbstverständliche sich immer wieder erheben."

Die Verwirklichung des Großdeutschen Reiches

Ein besonderer Akt zur Liquidierung der schmählichen Friedensverträge von 1919 und gleichzeitig die Beseitigung eines Gefahrenherdes in Europa war die im Herzen des deutschen Volkes längst vollzogene äußere **Wiedervereinigung Österreichs** mit dem Mutterreich.

Gleiches Recht — aber nicht für Deutsche!

Durch den am 10. September 1919 unterzeichneten „Frieden" von St. Germain hatte nicht nur die alte österreichisch-ungarische Monarchie den Todesstoß erhalten, sondern auch der neue deutsch-österreichische Staat war durch dieses Diktat zu einem langsamen Dahinsiechen verurteilt worden. Der — auf Grund des von den Feindmächten verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker — berechtigte Wunsch des deutsch-österreichischen Volkes, sich mit dem deutschen Mutterlande wieder zu vereinigen, wurde von den „Siegerstaaten" brutal abgelehnt; gleiches Recht sollte nicht für Deutsche gelten! Nicht einmal die selbstgewählte Bezeichnung „Deutsch-Österreich" wurde dem kleinen Lande zugestanden, als „Republik Österreich" sollte es 19 Jahre lang Spielball für die Willkür der Westmächte, ein Unruheherd im Herzen Europas sein.

Österreichs Ausplünderung

Die völlige Lebensunfähigkeit des neuen Staates wurde schon 1922 offenbar. Nur ein internationaler Kredit vermochte damals Österreich zu „retten". Der **Zwangsherrschaft des internationalen Finanzkapitals** vollkommen unterworfen, wurde Österreich noch gründlicher ausgeplündert als Deutschland. Die wirtschaftliche Not und die starke Verjudung Wiens brachten es mit sich, daß der internationale Marxismus in Österreich einen besonders günstigen Nährboden vorfand.

Die Regierungen der Weimarer Republik kümmerten sich wenig um das Schicksal des österreichischen Brudervolkes. Erst als die NSDAP. nach ihrem Wahlsieg im September 1930 im Reichstag einen Antrag einbrachte, Schritte zur Unterstützung Österreichs zu unternehmen, wurde am 19. März 1931 versucht, eine **deutsch-österreichische Zollunion** zu schaffen. Es ist bezeichnend für die Kläglichkeit des Weimarer Systems, daß es vor den Drohungen der Versailler Mächte sofort zurückwich, den Plan aufgab und Österreich wieder seinem Schicksal überließ.

Diktatur Dollfuß / Schuschnigg

Als in Deutschland am 30. Janur 1933 der Nationalsozialismus an die Macht kam, erhielt die österreichische nationalsozialistische Bewegung starken Zulauf und konnte damit rechnen, bei den Wahlen eine sichere Mehrheit zu erhalten. Diese natürliche geschichtliche Entwicklung versuchte eine eigensüchtige, um ihre Machtstellung besorgte Clique aufzuhalten. Fast fünf Jahre lang regierte eine sich „autoritär" nennende Diktatur gegen den Willen des Volkes. Ein **nationalsozialistischer Auf-**

stand gegen die volksverräterischen Unterdrücker wurde im Juli 1934 im Blute erstickt. Tausende von aufrechten nationalsozialistischen Kämpfern, deren einziges Verbrechen darin bestand, sich zum großen deutschen Mutterlande zu bekennen, wurden in Wöllersdorf und anderen Anhaltelagern grausam gepeinigt. Das offizielle Österreich bezog auch außenpolitisch eine immer deutschfeindlichere Stellung.

Um diesem schmerzlichen und auf die Dauer unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten, schloß das Dritte Reich am 11. Juli 1936 mit der österreichischen Regierung ein Abkommen, das eine allmähliche innerpolitische Befriedung zum Ziel hatte. Trotz häufiger Ermahnungen der Reichsregierung wurde jedoch die Durchführung dieses Abkommens von den österreichischen Machthabern bewußt und planmäßig sabotiert.

Am 12. Februar 1938 fand in Berchtesgaden eine Aussprache zwischen dem Führer und dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg statt, in der dieser sich verpflichtete, dem österreichischen Nationalsozialismus volle Gleichberechtigung zu gewähren. Schon wenige Tage später jedoch wurde der Verrat Schuschniggs offenbar. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen wurden nationalsozialistische Kundgebungen verboten und neue Verhaftungen vorgenommen. Der Terror der „Vaterländischen Front" gegen die Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung steigerte sich von Tag zu Tag. Ein Sturm der Empörung brach los, als Schuschnigg am 9. März eine „Volksbefragung" ankündigte, die unter Bedingungen stattfinden sollte, welche das österreichische Volk völlig entrechtet hätten, und die sogar in einem großen Teil der Auslandspresse als unkorrekt verurteilt wurden. Riesige Volkskundgebungen in allen Teilen des Landes setzten ein, in denen gegen die illegale „Volksbefragung" und gegen das Schuschnigg-Regime überhaupt demonstriert wurde.

Der Wille des Volkes gelangt zum Durchbruch

Unter dem Druck der nationalsozialistischen Erhebung bequemte Schuschnigg sich am 11. März zunächst zu einer „Vertagung" der Abstimmung, sah sich aber schon wenige Stunden später gezwungen, durch Rundfunk seinen Rücktritt bekanntzugeben. Da angesichts der von Schuschnigg in letzter Stunde mobilisierten marxistischen Kräfte der Ausbruch eines blutigen Bürgerkrieges zu befürchten war, richtete der inzwischen zum Bundeskanzler ernannte Dr. Seyß-Inquart an die Reichsregierung die dringende Bitte um Unterstützung.

Am Morgen des 12. März erfolgte der Einmarsch der deutschen Truppen, und an den nächsten Tagen umbrandete unbeschreiblicher Jubel eines befreit aufatmenden, dankbaren Volkes den Führer auf seiner Triumphfahrt durch seine eigene Heimat.

Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 erbrachte das Bekenntnis von 99,75 Prozent aller Ostmärker zum neuen Deutschland. Groß-Deutschland war damit endgültig Wirklichkeit geworden.

Das gegen das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" verstoßende Unrecht des „Friedens" von Saint Germain, der widernatürliche Grenzen zwischen deutschen Volksstämmen aufrichtete, war damit noch nicht völlig ausgemerzt. Noch lebten jenseits der deutschen Grenzen in dem von den Versailler Friedensmachern geschaffenen

tschecho-slowakischen Mosaikstaat

3½ Millionen Deutsche, die seit zwanzig Jahren der schlimmsten Unterdrückung durch die tschechischen Behörden und dem blutigen Terror der Deutschenhasser ausgesetzt waren.

Bereits auf der Diktatkonferenz von St. Germain hatten die Vertreter des Sudetendeutschtums die Gründung der tschechisch-slowakischen Republik als einen „Angriff gegen den Friedensgedanken" bezeichnet und vor der Schaffung eines „Herdes ständiger

Unruhe" im Herzen Europas gewarnt. Trotzdem gelang es den tschechischen Freimaurern, durch betrügerische Manöver und lügenhafte Versprechungen über 7 Millionen Nichttschechen, d. h. mehr als die Hälfte der sogenannten „tschecho-slowakischen" Bevölkerung, unter ihre Gewaltherrschaft zu bringen.

Mit allen erdenklichen Mitteln versuchten die Machthaber in Prag vor allem die sudetendeutsche Bevölkerung allmählich auszurotten. Von 1919 bis 1938 sind nicht weniger als 750 000 Sudetendeutsche unter dem Druck der

Tschechisierungsmethoden

ausgewandert. 2 300 000 Hektar ihres landwirtschaftlichen Bodens wurden den Deutschen geraubt und 300 00 Tschechen als Kolonisten in das sudetendeutsche Siedlungsgebiet geschickt. Durch die berüchtigte „Bodenreform" wurde dem sudetendeutschen Besitz ein Waldbestand im Werte von über 1½ Milliarden Tschechenkronen gestohlen. Die Sudetendeutschen wurden aus dem öffentlichen Dienst verdrängt, und auch der einst blühenden sudetendeutschen Industrie wurde durch die systematischen Vernichtungsmethoden der Prager Regierung schwerster Schaden zugefügt. So sind z. B. von 1919 bis 1938 über 17 000 sudetendeutsche Industriebetriebe stillgelegt worden!

Die Folge dieser wirtschaftlichen Erdrosselung war eine furchtbare

Verelendung des Sudetendeutschtums

Während im nichtdeutschen Gebiet der Tschecho-Slowakei auf 1 000 Einwohner 32,9 Arbeitslose entfielen, betrug diese Zahl im sudetendeutschen Gebiet 76,3! Die Selbstmordziffer im sudetendeutschen Gebiet war höher als in allen übrigen Staaten Europas: allein zwischen 1921 und 1930 haben 40 000 Sudetendeutsche aus Not Selbstmord begangen! Auch die kulturelle Abwürgung des Sudetendeutschtums nahm immer krassere Formen an. Die Schließung von über 4 000 deutschen Schulklassen, die praktische Aufhebung der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und viele andere Unterdrückungsmaßnahmen verfolgten den Zweck, die deutsche Kultur im Sudetenland völlig zu vernichten.

Außenpolitisch erblickte die Prager Regierung ihre Hauptaufgabe darin, gestützt auf das Militärbündnis mit Frankreich, eine

„Bastion gegen den Nationalsozialismus"

zu bilden. Hochgradbruder Benesch, der seit 1920 die Außenpolitik und später als Staatspräsident die Gesamtpolitik des Landes lenkte, war der typische Vertreter jenes Systems der „kollektiven Sicherheit", das die Einkreisung und Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschland zum Ziele hatte.

Es war natürlich, daß nach dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland und vor allem nach der ständig fortschreitenden Erstarkung des Reiches der Drang der Sudetendeutschen zur Rückkehr in ihr Vaterland übermächtig wurde. Trotz Verboten, Schikanen aller Art und sogar blutigem Terror gelang es dem sudetendeutschen Nationalsozialismus unter Führung Konrad Henleins, in wenigen Jahren die Einigung des gesamten Sudetendeutschtums durchzuführen. Bei den Gemeindewahlen im Frühjahr 1938 fielen über 95 % aller deutschen Stimmen der Sudetendeutschen Partei zu, die damit auch formalrechtlich zum ausschließlichen Vertreter der deutschen Interessen in der Tschecho-Slowakei wurde.

Noch hatte die Prager Regierung eine Chance, das sudetendeutsche Problem im Rahmen des tschecho-slowakischen Staatswesens zu lösen. Die Forderungen von Karlsbad, die Konrad Henlein am 24. April 1938 bekanntgab, verlangten nichts weiter als die volle Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppen mit dem tschechischen Volk.

Anstatt auf die gerechten und maßvollen Vorschläge Henleins einzugehen, beschritt die von blindwütigem Haß gegen das Deutschtum beherrschte Benesch-Clique den Weg einer noch stärkeren Unterdrückung der Sudetendeutschen.

Die schamlose Lüge von einer angeblichen Bedrohung der Tschecho-Slowakei durch deutsche Truppenkonzentrationen diente Prag am 21. Mai 1938 zum Vorwand, einige Reservistenjahrgänge einzuberufen, mobilzumachen und das sudetendeutsche Gebiet militärisch zu besetzen. Während die Vertreter der sudetendeutschen Partei durch die tschechische Regierung mit immer neuen „Plänen" hingehalten wurden, erreichte der

Terror im Sudetenland

unerträgliche Ausmaße. Die sich häufenden blutigen Gewaltakte der Tschechen und des roten Mobs zerstörten die letzten Illusionen über die Möglichkeiten eines weiteren freiwilligen Verbleibens der Sudetendeutschen im tschechischen Unterdrückerstaat.

In seiner Schlußrede auf dem Reichsparteitag 1938 sicherte Adolf Hitler den Sudetendeutschen den Schutz des Reiches zu und forderte für sie das freie Recht der Selbstbestimmung. In ihrer grenzenlosen Verblendung glaubten Benesch und Genossen die bevorstehende Befreiung des Sudetendeutschtums durch die Auflösung der Sudetendeutschen Partei, durch die Verhängung des Standrechts und schließlich durch die allgemeine Mobilmachung verhindern zu können. Angestachelt von den internationalen Kriegstreibern, hoffte Prag — und mit ihm das gesamte internationale Judentum —, durch die Entfesselung eines europäischen Krieges die Wiedergutmachung eines zwanzig Jahre währenden Unrechts vereiteln zu können.

Der klaren, zielbewußten und entschlossenen Politik unseres Führers Adolf Hitler gelang es damals, die verbrecherischen Absichten des Weltjudentums und seines Trabanten, des Hochgradfreimaurers Benesch, zum Scheitern zu bringen. Trotz des immer schrecklichere Formen annehmenden Terrors im Sudetenland, der zur Flucht von 250 000 gequälten Frauen, Kindern und Greisen in das Reich führte, erklärte sich der Führer bereit, kein Mittel für die friedliche Beilegung der Sudetenfrage unversucht zu lassen.

Das Münchener Abkommen

Das Abkommen, das am 29. September 1938 in München zwischen dem Führer, dem Duce, dem englischen Premierminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier geschlossen wurde, gab den 3½ Millionen Sudetendeutschen die langersehnte Freiheit und bedeutete darüber hinaus einen weiteren Schritt in der Verwirklichung des Großdeutschen Reiches.

Bei der Volksabstimmung im Sudetengau am 4. Dezember 1938 bekannten sich 98,9 % aller stimmberechtigten Bewohner der rückgegliederten Gebiete in dankbarer Freude zu Großdeutschland.

Die Münchener Vereinbarungen hatten der Prager Regierung die Möglichkeit gegeben, neue innen- und außenpolitische Wege einzuschlagen, um den Fortbestand des tschecho-slowakischen Rumpfstaates zu sichern. Die Prager Machthaber setzten jedoch ihre Unterdrückungspolitik gegen die Slowakei und die Karpatho-Ukraine fort, und auch ihre Haltung gegenüber Deutschland entsprach nicht den durch friedliche Vereinbarung geschaffenen neuen Verhältnissen. Im März 1939 erreichte der tschechische Terror in der Slowakei ein unerträgliches Ausmaß. Am 10. März verfügte Prag in völlig verfassungswidriger Weise die Absetzung der rechtmäßigen slowakischen Regierung Tiso und versuchte, den wachsenden Widerstand der slowakischen Bevölkerung durch die Entsendung von tschechischen Truppen zu brechen. Nach einem Besuch des Ministerpräsidenten Dr. T i s o b e i m F ü h r e r rief der slowakische Landtag am 14. März die

Unabhängigkeit des slowakischen Staates

aus, der seitdem — auf eigenes Verlangen — unter deutscher Schutzherrschaft steht.

In den Ländern Böhmen und Mähren stieg die allgemeine Verwirrung von Stunde zu Stunde. Wieder kam es zu wüsten Ausschreitungen des tschechischen Mobs gegen deutsche Volksangehörige. Die Prager Regierung war der gefährlichen Situation nicht mehr gewachsen und bat den Führer um eine Unterredung. Staatspräsident Dr. Hacha und Außenminister Chwalkowsky kamen nach Berlin und unterzeichneten hier am 15. März ein Abkommen, das Böhmen und Mähren unter den Schutz des Reiches stellte und dem tschechischen Volke eine seiner Eigenart entsprechende autonome Entwicklung seines völkischen Lebens zusicherte. Am selben Tage marschierten zum Schutze der deutschen Volksgenossen deutsche Truppen in Böhmen und Mähren ein, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. Am 16. März unterzeichnete der Führer einen Erlaß, der die böhmisch-mährischen Länder, die ein Jahrtausend lang zum Lebensraum des deutschen Volkes gehört hatten, in das Gebiet des Großdeutschen Reiches eingliederte und als

Protektorat Böhmen und Mähren

unter dessen Schutz stellte.

Wenige Tage später schlug auch für die Volksgenossen des

Memellandes

nach 20jähriger Fremdherrschaft die Stunde der Befreiung. In freier Vereinbarung mit der litauischen Regierung wurde am 21. März unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Litauens die unverzügliche Rückgabe beschlossen, und bereits am Abend des 22. März zogen motorisierte Formationen der Polizei und Einheiten der ᛋᛋ in Memel ein.

Nach dieser in atemberaubendem Tempo durchgeführten friedlichen Revision der meisten Bestimmungen des Versailler Diktats war zu hoffen, daß auch die restlichen Forderungen Deutschlands (Danzig und Korridor) im Wege freier Vereinbarung befriedigt werden könnten. Dies um so mehr, als die nationalsozialistische Regierung seit 1933 ehrlich bestrebt war, zu dem benachbarten Polen freundschaftliche Beziehungen herzustellen. In diesem Sinne war am 26. Januar 1934 die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes erfolgt, der eine friedliche Regelung aller schwebenden Fragen vorsah und auch eine fortschreitende Besserung der Lage der deutschen Volksgenossen erwarten ließ. Seit dem Ende des Weltkrieges hatten die Polen einen systematischen

Vernichtungskampf gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig

geführt. Die deutsche Bevölkerung war nicht nur dem schärfsten Polonisierungszwang ausgesetzt, sondern war auch den Angriffen auf ihre Existenzgrundlagen hilflos ausgeliefert. So betrug z. B. der durch die vielfältigen Enteignungsmethoden innerhalb von 20 Jahren entstandene Bodenverlust rund 700 000 Hektar! Arbeiter und Angestellte, die sich zum Deutschtum bekannten, mußten jederzeit gewärtig sein, von ihren Arbeitsplätzen vertrieben zu werden. Deutsche Handwerker, Gewerbetreibende, Ärzte, Apotheker usw. wurden boykottiert, bzw. durch die polnischen Behörden in der Ausübung ihres Berufes gehindert. Von den mehreren Tausend deutschen Schulen in Posen und Pommerellen waren im Jahre 1939 nur noch 132 übriggeblieben! Auch gegenüber der sogenannten „Freien" Stadt Danzig hat Polen alle ihm zur Verfügung stehenden Gewaltmittel angewandt. Immer wieder mußte der Danziger Senat den Völkerbundskommissar auf polnische Rechtsverletzungen aufmerksam machen, ohne allerdings wirksame Unterstützung zu erhalten.

Als Polen auch nach Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland seine Unterdrückungspolitik gegen das Deutschtum fortsetzte, wurde nach zahlreichen, erfolglosen deutschen Beschwerdeschritten am 5. November 1937 ein

Abkommen über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten

abgeschlossen. Aber auch diese Vereinbarung änderte nicht das geringste an der beklagenswerten Lage der deutschen Bevölkerung. Ganz im Gegenteil! Im Laufe des Jahres 1938 und besonders im Jahre 1939 nahm der polnische Terror immer größere Ausmaße an. Vergebens versuchte Deutschland, von Polen die Zustimmung zu wiederkehrenden Aussprachen über Minderheitenfragen zu erlangen. Die Besprechungen, die schließlich Anfang 1939 zustande kamen, wurden von Polen in einem so negativen Geiste geführt, daß sie ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Das gleiche Schicksal war den deutschen Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage beschieden. Am 24. Oktober 1938 teilte Reichsaußenminister von Ribbentrop dem polnischen Botschafter zum erstenmal konkrete Vorschläge hierüber mit. Deutschland forderte lediglich die Rückkehr Danzigs zum Reich und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor, der eine ähnliche Verbindung Polens auf Danziger Gebiet entsprechen sollte. Als Gegenleistung bot Deutschland den endgültigen Verzicht auf die Rückgliederung der übrigen auf Grund des Versailler Diktats abgetretenen Gebiete. Die Ablehnung dieses wahrhaft großzügigen Angebots durch die polnische Regierung war um so unverständlicher, als Polen bereits mit deutscher Hilfe das Olsa-Gebiet gewonnen hatte, und auch in seinem Bestreben, eine gemeinsame ungarisch-polnische Grenze zu schaffen, von Deutschland unterstützt wurde. In sechs Unterredungen mit polnischen Staatsmännern wurden die maßvollen deutschen Forderungen immer wieder vorgetragen, obwohl sich inzwischen die deutschfeindliche Haltung Polens und das Vorgehen der polnischen Behörden gegen die deutschen Volksgruppen noch verschärft hatte.

Polen beantwortete die deutschen Friedensvorschläge am 23. März 1939 mit einer Teilmobilmachung und Truppenzusammenziehungen bei Danzig.

Englands verhängnisvoller Einfluß

machte sich bereits bemerkbar. Am 31. März 1939 verkündete Chamberlain im Unterhaus die Absicht der britischen Regierung, Polens Unabhängigkeit zu garantieren. Diese Blankovollmacht Englands an Polen beseitigte die letzten Hemmungen der polnischen Chauvinisten und leitete jene wahnsinnige Katastrophenpolitik ein, die wenige Monate später zum Untergang des polnischen Staates führte. Überall in Polen häuften sich die deutschfeindlichen Demonstrationen, in denen nicht nur Danzig, sondern auch Königsberg, die Odergrenze, ja sogar der Marsch nach Berlin gefordert wurde! Immer häufiger kam es zu blutigen Ausschreitungen des polnischen Mob gegen Volksdeutsche. So meldete z. B. das Generalkonsulat Kattowitz am 6. Mai 200 Terrorfälle und am 19. Mai weitere 100 allein aus Oberschlesien!

Im August wurde es offensichtlich, daß Polen, gestützt auf die englische Garantie,

die radikale und völlige Ausrottung des Deutschtums

beabsichtigte. Haussuchungen, Verhaftungen, Folterungen, Ermordungen und Verschleppungen von Volksdeutschen in Konzentrationslager waren an der Tagesordnung. Die Zahl der Flüchtlinge stieg auf über 70 000. Gegen Danzig ging Polen mit behördlichen und wirtschaftlichen Druckmitteln vor. Am 15. August wurde sowohl der englische wie der französische Botschafter in Berlin von der deutschen Regierung auf den

Ernst der Lage aufmerksam gemacht und ersucht, auf den polnischen Bundesgenossen mäßigend einzuwirken. Trotz der ablehnenden Haltung Englands, aus der immer deutlicher hervorging, daß die englische Regierung bewußt auf den Ausbruch des Krieges hinarbeitete, unternahm der Führer am 25. August einen

neuen Versuch zur Verständigung mit England

Adolf Hitler erklärte sich bereit, nach Lösung des deutsch-polnischen Problems und der Erfüllung der begrenzten deutschen Kolonialforderungen die Kraft des Deutschen Reiches für den Bestand des britischen Imperiums einzusetzen, ferner eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren. Am gleichen Tage jedoch wurde in London der britisch-polnische Beistandspakt unterzeichnet, der eigentlich jedes weitere Verhandeln aussichtslos machte. Dennoch war die Reichsregierung zu neuen Verhandlungen bereit und schlug die Entsendung eines polnischen Unterhändlers nach Berlin vor. In den 24 Stunden, die England dazu brauchte, um eine abschlägige Antwort zu erteilen, hatte aber Polen die allgemeine Mobilmachung angeordnet!

Damit war die deutsch-polnische Krise auf ihrem Höhepunkt angelangt. Stündlich trafen neue Schreckensnachrichten über die grausamen Verfolgungen der Volksdeutschen, sowie über immer ernstere Grenzverletzungen (Beschießungen) durch polnisches Militär ein. In der Nacht des 30. August übermittelte der Reichsaußenminister dem britischen Botschafter den letzten, 16 Punkte enthaltenden deutschen Vorschlag über eine friedliche Regelung des Konfliktes, der jedoch vom polnischen Rundfunk und der gesamten polnischen Presse sofort als unannehmbar abgelehnt wurde.

Deutschland sah sich nunmehr in die Zwangslage versetzt, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Am 1. September um 5 Uhr 45 setzte der Siegeszug der deutschen Armee ein. Am gleichen Tage wurde die

Rückkehr Danzigs in das Großdeutsche Reich

feierlich verkündet.

Der deutsche Feldzug in Polen bildet einen der stolzesten Abschnitte in der ruhmreichen Tradition des deutschen Heeres. Dank dem beispiellosen Angriffsgeist, der überlegenen technischen Ausrüstung und der überragenden Führung der deutschen Wehrmacht wurde

die polnische Armee in 18 Tagen zertrümmert

Mit dem Fall von Warschau am 27. September hatte der polnische Nationalitätenstaat zu bestehen aufgehört. Die militärische Bilanz des Sieges war gewaltig: über 700 000 Gefangene, über 1/2 Million Gewehre, 16 000 Maschinengewehre, 3 200 Geschütze und 3¼ Millionen Schuß Artilleriemunition fielen in deutsche Hand!

Am 8. Oktober wurden die beiden neuen

Reichsgaue Posen (Warthegau) und Danzig-Westpreußen

errichtet und damit ältestes deutsches Siedlungsgebiet dem Verband des Deutschen Reiches wieder einverleibt. Die unermeßlichen Leiden der standhaften deutschen Bevölkerung dieser Gebiete sind nicht umsonst gewesen. Das Märtyrertum der tausenden vom polnischen Mob hingeschlachteten Männer, Frauen und Kinder wird noch kommenden Generationen ein Ansporn sein, deutsches Land nie wieder in Feindeshand fallen zu lassen.

Deutschlands Schicksalskampf um seine Existenz

In knapp sieben Jahren nationalsozialistischer Staatsführung ist das schändliche Diktat von Versailles endgültig zertrümmert und das Großdeutsche Reich errichtet worden. Es ist ein beispielloser Vorgang in der Geschichte, daß ein völlig darnieder liegendes und geknebeltes Volk in einer so kurzen Zeitspanne und aus eigener Kraft seine Stellung als Großmacht wieder erringen konnte. Der genialen Politik unseres Führers ist es zu danken, daß sich die Bewältigung der gewaltigen Probleme bis zur Lösung der polnischen Frage ohne jedes Blutvergießen vollzogen hat. Auch bei der Regelung der polnischen Angelegenheit ist, wie gezeigt wurde, von deutscher Seite bis zum letzten Augenblick die Revision auf friedlichem Wege versucht worden. Daß diese Versuche scheiterten und schließlich die Waffen in Tätigkeit gesetzt werden mußten, lag nicht am polnischen Widerstand, der sich in Polen selbst nur auf gewisse chauvinistische Kreise stützte. Die wahren Hintergründe liegen klar zutage.

Polen als Vorwand zum Vernichtungskrieg gegen den deutschen Sozialismus

Adolf Hitler und mit ihm das deutsche Volk haben Versailles nicht beseitigt, weil sie — wie die verlogene Hetzpropaganda unserer Feinde behauptet — die Beherrschung Europas oder gar die Weltherrschaft anstrebten. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, auf Kosten anderer Völker ein bequemes und sattes Leben zu führen. Das nationalsozialistische Deutschland hat — im Gegensatz zu unseren Feinden, die ganze Weltteile beherrschen und ausbeuten — immer nur einen Wunsch gehabt: in Frieden und Freiheit arbeiten zu können! Das deutsche Volk will innerhalb der Grenzen des neuen Großdeutschen Reiches eine nationale und sozialistische Ordnung errichten, die seinem Wesen und seinem Drang nach sozialer Gerechtigkeit entspricht. Und dies wird keine Macht der Welt mehr verhindern können!

Gegen diese sozialistische Neugestaltung des deutschen Volkes führen England und Frankreich ihren verbrecherischen Krieg. Die englischen Lords und ihre jüdischen Bankiers haben Deutschland nicht den Krieg erklärt, weil sie Angst davor haben mußten, eines Tages vom „deutschen Imperialismus" überfallen zu werden. Sie erstreben die Vernichtung des Großdeutschen Reiches, weil sie die umstürzende Kraft der sozialistischen Gesinnung fürchten, die ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen jungen Völkern zum Durchbruch kommt. In dem schicksalhaften Kampf der arbeitenden Völker gegen das internationale Finanzkapital, der in diesem Jahrhundert ausgetragen wird, glaubte England eine vorzeitige Entscheidung zugunsten der Reaktion führen zu können, indem es dem Vorkämpfer für die nationale und soziale Freiheit, dem nationalsozialistischen Deutschland, den Krieg erklärte.

Es hätte keines Feldzuges in Polen bedurft. Es brauchte heute keine Westfront, keinen Seekrieg und keine Luftkämpfe zu geben. Ohne Englands Einmischung in Fragen, die nur den europäischen Kontinent angehen, würde heute Frieden herrschen. In gütlicher Vereinbarung hätte Deutschland Danzig zurückerhalten und eine freie Verbindung durch den Korridor bekommen. Polen könnte sich einer gesicherten Zukunft erfreuen, und in aufrichtiger Zusammenarbeit aller europäischen Staaten wären sicherlich geeignete Mittel und Wege gefunden worden für die Organisierung des Friedens in Europa auf Jahrzehnte hinaus.

Aber England fürchtete diesen Frieden, der es ihm in Zukunft unmöglich gemacht hätte, die Völker Europas auszubeuten und für seine egoistischen Zwecke zu mißbrauchen.

England wollte den Krieg!

Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß Englands Premierminister Chamberlain im September 1938 nicht nach München gekommen ist, um eine ehrliche Verständigung mit Deutschland zu suchen. Chamberlain war lediglich von dem Bestreben geleitet, den seit langem beschlossenen Krieg gegen Deutschland so lange aufzuschieben, bis England sich dafür genügend gerüstet hatte. Die erste „Friedenstat" Chamberlains nach seiner Rückkehr aus München war ja auch die Ankündigung eines neuen gigantischen Rüstungsprogramms! Auch die leitenden Staatsmänner Frankreichs waren, wie aus den bisher veröffentlichten diplomatischen Akten mit eindeutiger Klarheit hervorgeht, bereits im April 1939 zum Krieg gegen Deutschland entschlossen.

Sie wollen ein neues, noch schlimmeres Versailles!

Im letzten Weltkrieg operierten die englischen Imperialisten mit der verlogenen Behauptung, ihr Kampf gelte nur dem „preußischen Militarismus", sie hätten nichts gegen das deutsche Volk und auch keine Absichten auf die deutschen Kolonien und die deutsche Handelsflotte. In diesem Kriege versuchten sie anfänglich ihre Kriegspropaganda mit dem Schlagwort „Kampf gegen den Hitlerismus" zu bestreiten, in der verblendeten Hoffnung, einen Keil zwischen das Volk und die Führung des neuen Deutschland treiben zu können. Verbunden mit der verbrecherischen Blockade gegen deutsche Frauen und Kinder glaubten sie, dieses Ziel schon in kurzer Zeit zu erreichen. Das gründliche Scheitern dieser Pläne sowie der Mißerfolg der „Anti-Hitler"-Agitation im eigenen Volke hat die englischen Kriegstreiber so erbittert, daß sie schon vorzeitig die Maske fallen ließen. Unverblümt wurde nicht nur in der englischen und französischen Presse, sondern auch von verantwortlichen Politikern der beiden Länder die totale Zerstückelung Deutschlands in machtlose und tributpflichtige Kleinstaaten nach dem Muster des Westfälischen Friedens von 1648 gefordert. Mit zynischer Offenheit erklärten unsere Feinde, das Versailler Diktat von 1919 sei viel zu milde gewesen! Statt der 20 Millionen sind ihnen heute 40 und noch mehr Millionen Deutsche zu viel auf der Welt!

Das plutokratische England hat Deutschland den Krieg erklärt, um die große und freie nationalsozialistische Volksgemeinschaft für immer zu vernichten. Es geht in diesem Kriege letzten Endes um die geschichtliche Entscheidung, ob das größte, arbeitsamste und fähigste Volk Europas das mit so schweren Opfern erkämpfte Recht behalten soll, sein nationales Leben nach eigenem Ermessen zu gestalten und die Früchte der nationalen Arbeit in einem freien und gesicherten Lebensraum zu genießen. Das deutsche Volk führt diesen ihm aufgezwungenen Krieg in dem Bewußtsein, daß es seine Existenz als freie Nation zu verteidigen hat. Es ist unter keinen Umständen gewillt, sich in die ihm zugedachte neue Versklavung zu begeben.

Letzter Appell an England

Nachdem es der deutschen Wehrmacht gelungen war, in einem in der Geschichte ohne Beispiel dastehenden Siegeszug von wenigen Wochen. Frankreich zur Kapitulation zu zwingen, richtete der Führer einen letzten Appell zur Vernunft an England.

„Meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen. Jedes Jahr dieses Krieges raubt mich dieser Arbeit", erklärte der Führer in seiner Reichstagsrede am 19. Juli 1940. Churchill aber wolle den Krieg und habe einen barbarischen Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung begonnen. Deutschland werde darauf zu gegebener Zeit seine Antwort erteilen und dadurch werde ein großes Weltreich zerstört werden. „In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten."

Dieses großmütige Verständigungsangebot des Führers wurde wie alle vorhergehenden von Churchill und seiner Clique abgelehnt. In wachsendem Maße fand die englische Kriegshetze Unterstützung durch die von Roosevelt und seinen jüdischen Ratgebern in den Vereinigten Staaten genährte deutschfeindliche Agitation. Wie im Vorjahre Norwegen, Holland und Belgien, so fielen im Frühjahr 1941 Jugoslawien und Griechenland den verbrecherischen Kriegsausweitungsplänen Englands zum Opfer. Den größten Trumpf aber glaubte Churchill zu besitzen in dem gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichteten Vernichtungswillen der bolschewistischen Machthaber in der Sowjetunion.

Deutschlands Abwehrkampf gegen den Judo-Bolschewismus bedeutet die Rettung der europäischen Kultur

Der durch die Oktoberrevolution des Jahres 1917 geschaffene Sowjetstaat bildet nach den eigenen Feststellungen seiner Begründer die Basis, von der aus die kommunistische Weltrevolution auf sämtliche Länder der Erde verbreitet werden soll. Auf zwei praktisch parallel laufenden Wegen — der Revolutionierung der „kapitalistischen" Länder durch die Komintern und ihrer völligen Unterwerfung durch das Kriegsinstrument des sowjetstaatlichen Imperialismus — versucht der internationale Bolschewismus alle Völker der Welt unter seine Gewaltherrschaft zu zwingen.

Bolschewistische Taktik

Solange Moskau noch hoffen konnte, Deutschland zum Hauptstützpunkt der kommunistischen Weltrevolution zu machen, trat es aus taktischen Gründen gegen Versailles, den Völkerbund und den „Imperialismus" der westlichen Großmächte auf. Nachdem in Deutschland der Bolschewismus aber zu Boden geschlagen war, beeilte sich Moskau, die Mitgliedschaft beim Völkerbund zu erwerben und sich als Garant für die Aufrechterhaltung des Versailler Diktates anzubieten. Im Mai 1935 schloß die Sowjetunion mit Frankreich und der Tschechoslowakei eindeutig gegen Deutschland gerichtete Militärbündnisse ab, und in der Folgezeit waren die Sowjetmachthaber stets bemüht, eine friedliche Verständigung unter den europäischen Völkern zu verhindern.

Um der britischen Einkreisungspolitik zu begegnen, entschloß sich Deutschland am 23. August 1939, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen, der eine vernünftige Abgrenzung der beiderseitigen Interessengebiete zum Inhalt hatte. Wie der Führer in seiner Rede vom 22. Juni 1941 betonte, war dies ein „bitterer und schwerer Schritt", und selbstverständlich wachte die deutsche Staatsführung aufmerksam darüber, daß die Machthaber in Moskau diesen selbstlosen Versuch nicht eines Tages mißbrauchen würden.

Es ist heute klar, daß die Sowjets im August 1939 ihre wahren Absichten nur tarnten. Sie hofften, die europäischen Völker in einen langen Krieg zu verwickeln und zum Ausbluten zu bringen, um dann ganz Europa der bolschewistischen Schreckensherrschaft unterwerfen zu können. Durch riesige Truppenkonzentrationen an den deutschen Grenzen im Sommer 1940 verhinderten die Sowjets eine radikale Beendigung des deutschen Kampfes gegen England. Durch immer neue Erpressungen gelang es den bolschewistischen Usurpatoren, nicht nur Estland und Lettland, sondern auch Litauen und Beßarabien unter ihre blutige Diktatur zu zwingen. Jugoslawien wurde durch bolschewistische Agenten zum Krieg gegen Deutschland gehetzt, Finnland, Rumänien, Bulgarien und die Türkei durch maßlose sowjetische Forderungen aufs höchste bedroht.

Als im Juni 1941 die sowjetrussischen Truppenkonzentration eine Stärke von 100 Divisionen erreicht hatten und die Grenzverletzungen immer mehr überhand nahmen, war Deutschland gezwungen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den bolschewistischen Dolchstoß rechtzeitig abzuwehren. In den Morgenstunden des 22. Juni traten die deutschen Armeen zum Kampf gegen den bolschewistischen Weltfeind an.

Deutschlands Abwehraktion gegen den agressiven Judo-Bolschewismus ist in ganz Europa mit größter Genugtuung aufgenommen worden. Nicht nur Italien war sofort bereit, Deutschland in diesem Kampf zu unterstützen, auch Finnland, Rumänien und Ungarn fügten sich in die antibolschewistische Front ein. Freiwillige aus Spanien, Frankreich, der Slowakei, Norwegen, Dänemark und Schweden lieferten den Beweis, daß es hier um die Verteidigung Europas geht.

Der deutsche Nationalsozialismus ist seit jeher der Vorkämpfer gegen den jüdisch-bolschewistischen Weltfeind gewesen, und der erfolgreichen nationalsozialistischen Politik ist es zu verdanken, daß Europa vor den Schrecken der kommunistischen Weltrevolution bewahrt worden ist. Eine spätere Geschichtsschreibung wird dem nationalsozialistischen Deutschland das Zeugnis ausstellen müssen, daß es durch seinen konsequenten Kampf gegen die Ausbreitung des roten Imperialismus eine **hohe europäische Mission** erfüllt und einen **wichtigen Beitrag für die Herbeiführung eines gerechten Weltfriedens** geliefert hat.